

Änderungsantrag 13
Dennis de Jong, Rina Ronja Kari
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Bericht
Dennis de Jong
Entlastung 2015: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäisches Parlament
COM(2016)0475 – C8-0270/2016 – 2016/2152(DEC)

A8-0153/2017

Entschließungsantrag
Ziffer 48

Entschließungsantrag

48. weist darauf hin, dass auf der Website des Parlaments eine ganze Reihe von Unterlagen, die dem Beschluss über die Anerkennung der europäischen politischen Parteien und europäischen politischen Stiftungen zugrunde liegen, zusammen mit genauen Details zum endgültigen Finanzierungsbetrag verfügbar sind; fordert das Parlament auf, die Kommission um einen Vorschlag zur Überarbeitung des derzeit geltenden Rechtsakts zum Statut und zur Finanzierung der europäischen politischen Parteien und der europäischen politischen Stiftungen¹⁰, der strengere Anforderungen für die Einrichtung einer europäischen politischen Stiftung beinhaltet, zu ersuchen, um Missbräuche zu verhindern;

¹⁰ Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1141/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen (ABl. L 317 vom 4.11.2014, S. 1).

Geänderter Text

48. weist darauf hin, dass auf der Website des Parlaments eine ganze Reihe von Unterlagen, die dem Beschluss über die Anerkennung der europäischen politischen Parteien und europäischen politischen Stiftungen zugrunde liegen, zusammen mit genauen Details zum endgültigen Finanzierungsbetrag verfügbar sind; fordert das Parlament auf, die Kommission um einen Vorschlag zur Überarbeitung des derzeit geltenden Rechtsakts zum Statut und zur Finanzierung der europäischen politischen Parteien und der europäischen politischen Stiftungen¹⁰, der strengere Anforderungen für die Einrichtung einer europäischen politischen **Partei bzw.** Stiftung beinhaltet, zu ersuchen, um Missbräuche zu verhindern;

¹⁰ Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1141/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen (ABl. L 317 vom 4.11.2014, S. 1).

Or. en

24.4.2017

A8-0153/14

Änderungsantrag 14
Dennis de Jong, Rina Ronja Kari
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Bericht
Dennis de Jong
Entlastung 2015: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäisches Parlament
COM(2016)0475 – C8-0270/2016 – 2016/2152(DEC)

A8-0153/2017

Entschließungsantrag
Ziffer 51 – Einleitung

Entschließungsantrag

Geänderter Text

51. ist besorgt darüber, dass der derzeitige Verhaltenskodex für die Mitglieder zur Vermeidung von Interessenkonflikten *möglicherweise* weiter verbessert werden muss, wobei folgende Themen besonders berücksichtigt werden sollten:

51. ist besorgt darüber, dass der derzeitige Verhaltenskodex für die Mitglieder zur Vermeidung von Interessenkonflikten weiter verbessert werden muss, **und fordert das Präsidium auf, diesbezüglich die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen**, wobei folgende Themen besonders berücksichtigt werden sollten:

Or. en

24.4.2017

A8-0153/15

Änderungsantrag 15
Dennis de Jong, Rina Ronja Kari
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Bericht

A8-0153/2017

Dennis de Jong

Entlastung 2015: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäisches Parlament
COM(2016)0475 – C8-0270/2016 – 2016/2152(DEC)

Entschließungsantrag

Ziffer 63

Entschließungsantrag

Geänderter Text

63. stellt fest, dass die Beteiligung an der Umfrage mit 18 % bzw. 137 Mitgliedern des Parlaments aus allen Fraktionen und Mitgliedstaaten sehr gering war **und dass unter ihnen mehr als 90 % von dem Preis gehört hatten, 75 % seinen Zweck verstanden hatten und über 80 % ihn als positiv betrachten;**

63. stellt fest, dass die Beteiligung an der Umfrage mit 18 % bzw. 137 Mitgliedern des Parlaments aus allen Fraktionen und Mitgliedstaaten sehr gering war;

Or. en

24.4.2017

A8-0153/16

Änderungsantrag 16

Dennis de Jong

im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Bericht

A8-0153/2017

Dennis de Jong

Entlastung 2015: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäisches Parlament

COM(2016)0475 – C8-0270/2016 – 2016/2152(DEC)

Entschließungsantrag

Ziffer 70

Entschließungsantrag

Geänderter Text

70. begrüßt die Entscheidung der Kommission, jährlich 800 000 EUR zu den Betriebskosten des Hauses der europäischen Geschichte beizusteuern; ist jedoch der Ansicht, dass die Kommission einen weitaus höheren Betrag zu den geschätzten jährlichen Betriebskosten beisteuern sollte;

70. begrüßt die Entscheidung der Kommission, jährlich 800 000 EUR zu den Betriebskosten des Hauses der europäischen Geschichte beizusteuern; ist jedoch der Ansicht, dass die Kommission einen weitaus höheren Betrag zu den geschätzten jährlichen Betriebskosten beisteuern sollte; ***fordert das Präsidium angesichts der erwarteten Anzahl von Besuchern im Parlamentarium und im Haus der europäischen Geschichte und des wirtschaftlichen Nutzens, den die Stadt Brüssel daraus ziehen könnte, darüber hinaus auf, Vorbereitungen für Gespräche mit den lokalen Behörden zu treffen, um zu ermitteln, in welcher Weise sie zur Finanzierung dieser Einrichtungen beitragen können;***

Or. en

24.4.2017

A8-0153/17

Änderungsantrag 17

Dennis de Jong

im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Bericht

A8-0153/2017

Dennis de Jong

Entlastung 2015: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäisches Parlament

COM(2016)0475 – C8-0270/2016 – 2016/2152(DEC)

Entschließungsantrag

Ziffer 88

Entschließungsantrag

Geänderter Text

88. ist besorgt über die angebliche Praxis, dass akkreditierte parlamentarische Assistenten von Mitgliedern *unerlaubterweise* dazu verpflichtet werden, Dienstreisen, insbesondere nach Straßburg, ohne Dienstreiseaufträge, ohne Dienstreisekosten oder schlichtweg ohne Reisekosten zu unternehmen; ist der Auffassung, dass eine solche Praxis Raum für Missbrauch schafft, da akkreditierte parlamentarische Assistenten, die ohne Dienstreiseauftrag reisen, nicht nur selbst für die Kosten aufkommen müssen, sondern auch nicht durch eine Arbeitsunfallversicherung geschützt sind; fordert das Präsidium auf, sicherzustellen, dass das Beamtenstatut ordnungsgemäß umgesetzt wird und Mitglieder, die gegen die Vorschriften verstoßen, sanktioniert werden;

88. ist besorgt über die angebliche Praxis, dass akkreditierte parlamentarische Assistenten von Mitgliedern dazu verpflichtet werden, Dienstreisen, insbesondere nach Straßburg, ohne Dienstreiseaufträge, ohne Dienstreisekosten oder schlichtweg ohne Reisekosten zu unternehmen; ist der Auffassung, dass eine solche Praxis Raum für Missbrauch schafft, da akkreditierte parlamentarische Assistenten, die ohne Dienstreiseauftrag reisen, nicht nur selbst für die Kosten aufkommen müssen, sondern auch nicht durch eine Arbeitsunfallversicherung geschützt sind; fordert das Präsidium auf, sicherzustellen, dass das Beamtenstatut ordnungsgemäß umgesetzt wird und Mitglieder, die gegen die Vorschriften verstoßen, sanktioniert werden;

Or. en